

STAATSWISSENSCHAFTLICHES SEMINAR IM SS 2010

Bankenrettung, Transparenz und Demokratie

1. Die Beauftragung von Anwaltskanzleien mit der Abfassung von Gesetzentwürfen - staatsrechtliche Zulässigkeit und parlamentarische Informationsansprüche
2. Wesen und rechtliche Abgrenzung der Kategorien „Fonds“, „Sondervermögen“ und „Anstalt“
3. Haftung des Trägers für „Fonds“, „Sondervermögen“ und „Anstalten“
4. Rechtliche Voraussetzungen für die Bildung von Sondervermögen
5. Die Prüfung von Sondervermögen durch die Rechnungshöfe von Bund und Ländern
6. Sondervermögen und parlamentarische Informations- und Kontrollrechte
7. Die deutschen Maßnahmen zur Bankenrettung und die Garantie der Unabhängigkeit von EZB und Bundesbank
8. Parlamentarisches Budgetrecht und die Übernahme von Garantien für Bankaktiva gegenüber der Bankenaufsicht [z.B. für Anleihen der Phoenix plc]
9. Parlamentarische Informationsansprüche in Bezug auf Maßnahmen zur Unterstützung von Banken in staatlicher und privater Trägerschaft
10. Belastung der Haushalte von Bund und Ländern durch Maßnahmen zur Unterstützung von Banken
11. Die Zulässigkeit des Ankaufs von privaten und staatlichen Anleihen durch EZB und Bundesbank
12. Bewertung von Kreditportfolios durch Notenbanken
13. Die Bewertungen von Credit Rating Agencies als Anknüpfungspunkt für rechtliche Regelungen
14. Die Errichtung einer gemeinsamen Gegenpartei (Clearingstelle) für Derivate und „strukturierte“ Finanzprodukte bei den Zentralbanken
15. Die Prüfung von Banken, für deren Verbindlichkeiten eine staatliche Haftung besteht, durch die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder
16. Die rechtliche Bedeutung von Corporate Governance Codices im Hinblick auf gesetzliche Vorgaben für Leitung und Kontrolle von öffentlichen Unternehmen und Unternehmen mit besonderem öffentlichem Auftrag (e.g. Infrastrukturunternehmen)